



Manager, Politiker, Gewerkschafter - angeblich haben sie schamlos nach dem Geld der mit Milliardenhilfen geretteten Großbank Bankia gegriffen.(Foto: dpa)  
Sonntag, 05. Oktober 2014

## Selbstbedienung mit "schwarzen Firmenkarten" Affäre um spanische Bankia weitet sich aus

**Die Rettung der Großbank Bankia kostete Spanien 22 Milliarden Euro. Eine interne Untersuchung bringt jetzt ans Licht, wie sich Manager, Politiker und Gewerkschafter an diesem Geld bereichert haben - dem Fiskus entgingen dabei Millionen.**

Das aus der Wirtschaftskrise steuernde Spanien wird von einem neuen Finanzskandal erschüttert. Eine Steueraffäre um die mit Milliardenhilfen gerettete Großbank Bankia bringt Topmanager, Politiker und Gewerkschafter des Euro-Landes in Erklärungsnot. Sie sollen mit "schwarzen Firmenkarten" unter anderem Restaurantbesuche, Kleidung und Reisen bezahlt, aber auch Bargeld abgehoben haben. Nach Medienberichten wurden mittlerweile acht Politiker und Gewerkschafter ihrer Posten enthoben oder traten selbst zurück.

Die neue Bankia-Führung hatte die illegalen Zuwendungen bei einer internen Prüfung der Zeit zwischen 1999 und 2012 entdeckt. Insgesamt 86 Manager und Aufsichtsratsmitglieder sollen sich danach mit Firmenkarten selbst bedient haben, wie die spanische Presse unter Berufung auf einen Bericht des Geldinstituts berichtete. Bei einigen Aufsichtsratsmitgliedern sammelten sich den Berichten zufolge Summen von knapp einer halben Million an. Die Transaktionen seien als "Fehler des Informatiksystems" abgebucht worden.

### Selbstbedienung mit "schwarzen Firmenkarten"

Dutzende Manager von Bankia und des Vorgängerinstituts Caja Madrid sowie auch zahlreiche Angehörige des Aufsichtsrats des Geldhauses - unter ihnen bekannte Politiker und Gewerkschafter - sollen in den vergangenen Jahren über sogenannte schwarze Firmenkarten Zuwendungen in Höhe von insgesamt 15,25 Millionen Euro am Fiskus vorbeigeschleust haben.

Auch Madrids Bürgermeisterin Ana Botella entließ einen hochrangigen Beamten, meldete die spanische Nachrichtenagentur efe unter Berufung auf einen Sprecher. Einige Ex-Manager zahlten die zuvor kassierten Gelder freiwillig zurück.

Das Finanzministerium hatte am Freitagabend die Einleitung von Ermittlungen über Schwarzzahlungen per Firmenkarten in allen großen Unternehmen bekanntgegeben. Auch die Justiz nahm Untersuchungen auf.



Spaniens Wirtschaftsminister Luis de Guindos(Foto: picture alliance / dpa)

Nach Angaben von Wirtschaftsminister Luis de Guindos werden darüber hinaus rund 20 Fälle von möglichen Unregelmäßigkeiten bei anderen Finanzinstituten untersucht, die mit mehr als 40 Milliarden Euro gerettet worden waren.

"Ich bin der Erste, dem sich der Magen umdreht", sagte er. Die Praktik der "schwarzen Firmenkarten" sei illegal. Angesichts des "vielen Geldes", das in die Banken gepumpt worden sei, sei die Empörung der Spanier nur zu gut nachvollziehbar. Nach einer Umfrage der Zeitung "El País" wandten sich die Wähler der konservativen Volkspartei (PP) massiv von der Regierungspartei von Ministerpräsident Mariano Rajoy ab. Drei Viertel der Befragten missbilligten die Amtsführung der Regierung.

Bankia war nach dem Einbruch des Immobilienmarktes zum Inbegriff der spanischen Bankenkrise geworden. Die Ende 2010 durch die Fusion von sieben angeschlagenen Finanzinstituten ins Leben gerufene und im Mai 2012 verstaatlichte Bank hatte 2012 inmitten von Skandalen einen Rekordverlust von 19 Milliarden Euro erlitten. Der Beinahe-Zusammenbruch der Bankia-Gruppe war mit dafür verantwortlich, dass Spanien ein Rettungspaket für die Banken im Umfang von 41 Milliarden Euro beantragte. Davon bekam alleine Bankia 22 Milliarden.

Quelle: n-tv.de